

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 22. Ratssitzung vom 14. November 2018

572. 2018/38

Postulat von Alexander Brunner (FDP) und Shaibal Roy (GLP) vom 31.01.2018: Entwicklungshilfe im Ausland, Förderung von lokalen KMU mittels Impact Invest- ments und Financial Inclusion im Umfang von mindestens der Hälfte der gespro- chenen Geldern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Alexander Brunner (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3735/2018): Ich habe in diesem Bereich gearbeitet und weiss deshalb, wovon ich spreche. Ich möchte Ihnen etwas beibringen und zwar gibt es ein wirksames, wissenschaftlich erwiesenes Mittel gegen Armut und dieses Mittel heisst Wirtschaftswachstum. Das habe nicht ich erfunden, sie können das auch im Buch des Wirtschaftsnobelpreis-Trägers Angus Deaton lesen, der das mit Statistiken unterlegt. Wenn Sie das auch nicht glauben, gehen Sie nach China oder Indien, wo Hunderte von Millionen von Leuten aus der Armut befreit wurden – nicht durch humanitäre Hilfe oder Spenden, sondern durch Wirtschaftsaktivität. Wenn Sie sich das merken können, haben wir heute schon etwas erreicht. Aber wo stehen wir heute? Man merkt, dass Entwicklungshilfe nicht überall die Wirkung entfaltet, die sie sollte. Diese landet gemäss Deaton häufig in den falschen Taschen. Der ehemalige Schweizer Botschafter Dominik Langenbacher sprach von grossen Reibungsverlusten, die er selber miterlebt hatte. Viel Geld kommt also nicht dort an, wo es sollte. Es gibt meistens noch die cleveren Leute, die sagen, man müsse sicherstellen, dass es bei den richtigen Leuten ankommt. Angus Deaton zeigt in seinem Buch gut auf, dass, selbst wenn man es in Schulen einschiesst, das überschüssige Geld in autoritären Staaten für Dinge verwendet wird, die man nicht will. Sie haben also das Problem, dass das Geld nicht immer dort ankommt, wo sie wollen. Das hat auch die UNO entdeckt: 2015 wurden 17 UN sustainable development goals verabschiedet. Das sind Zielvereinbarungen, mit denen man Rahmenbedingungen schaffen will, um bis 2030 die globale Armut auszuradieren. Die Schweiz hat die Vereinbarung angenommen, wir fördern diese Ziele. Kürzlich gab es einen Zwischenbericht zu den Zielen – da gibt es etwa soziale Ziele, Hungerbekämpfung, Armutsbekämpfung bis Reduktion der Klimaerwärmung. Darin steht: Um diese 169 Unterziele bis 2030 zu erreichen, braucht es pro Jahr die ungeheuerliche Zahl von fünf bis sieben Trillionen US-Dollar. Es muss also sehr viel Geld investiert werden – die UNO spricht von investieren – um diese Ziele zu erreichen. Mittlerweile sehen Sie Organisationen wie WWF und Greenpeace, die aktiv mit dem privatwirtschaftlichen Sektor zusammenarbeiten, um diese Ziele zu erreichen. Dies aus der einfachen Erkenntnis, dass man es mit humanitärer Hilfe alleine nicht schafft, weil das Geld nicht reicht. Es geht also um Armutsbekämpfung mittels Arbeit und Beschäftigung. Es geht um marktwirtschaftliche Ansätze, die die UN propagiert und Organisationen wie WWF und Greenpeace umsetzen. WWF Schweiz ist übrigens*

führend im Bereich Impact Investing. Man will Anlagen tätigen, die hoffentlich Geld abwerfen, aber auch die Ziele erfüllen – also einen weitergehenden Impact haben. Interessanterweise hat die Schweiz eine grosse Tradition, wie beim Roten Kreuz. Was viele nicht wissen, ist, dass wir auch auf das Impact Investment stolz sein können. Es gibt sicher ein halbes Dutzend Firmen in Genf und Zürich, die in diesem Bereich sehr aktiv, erfolgreich und gross sind. Unter dem Akronym SIFEM hat dies auch der Bund erkannt. Mit diesem Swiss Investment Fund for Emerging Markets wird genau dieser Ansatz gepflegt. Der Bund ermöglicht über die DEZA solche Investitionen und diese erzielen über die Jahre eine Verzinsung von etwa sechs Prozent. Etwas Ungeheuerliches: Man kann Geld verdienen und die UN sustainable development goals erfüllen helfen. Wir möchten mit diesem Vorstoss erreichen, dass die Stadt Zürich einen sehr kleinen Beitrag dazu leistet. Gerade weil wir in der Schweiz Experten und Firmen in diesem Gebiet haben, die das machen können.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 28. Februar 2018 gestellten Ablehnungsantrag: *Es gibt Dinge an den Ausführungen von Alexander Brunner (FDP), mit denen wir sehr einverstanden sind. Es ist leider richtig, dass nicht jeder Franken dorthin geht, wo er sinnvollerweise investiert werden würde. Es ist auch sehr richtig, dass man bei den Projekten auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit achtet, damit sie beim Wiederaufbau einer Region helfen. Es ist auch gut, in gewissen Bereichen Kredite zu sprechen – falls es sich nicht um Wechselkredite handelt, bei denen man in der Schweiz die Rohstoffe einkaufen muss und es ausser der Schweiz niemandem nützt. Es gibt auch Untersuchungen zu Mikrokrediten, die nur an Frauen vergeben werden. Dort geht am wenigsten Geld verloren. Manche Entwicklungs-Organisationen sagen sogar, dass sie kein Geld in Projekte investieren, bei denen Männer dabei sind, denn diese verpulvern das Geld. Es ist aber so, dass heute ganz viele Projekte, die wir haben, nachhaltig ausgerichtet sind – ausser bei der Nothilfe, die wir heute auch unterstützt haben. Es muss so sein, dass wir vom Paternalismus wegkommen, bei dem man einfach ein wenig Geld spricht und so sein schlechtes Gewissen beruhigt. Investitionen in die Zukunft und Langfristigkeit sind nicht nur mit Wirtschaftswachstum mit der Privatwirtschaft gewährleistet. Es ist zentral, dass der Bereich des Service Public dezidiert betrachtet und ausgebaut wird, denn er generiert auf der einen Seite Arbeitsplätze und ist vor allem die Basis für Chancengleichheit. Das heisst, dass man neben den KMU auch in Infrastruktur für alle investieren muss – gerade in Wasserprojekte, Bildung und Gesundheitsprojekte. In diesem Investmentbereich werden auch Multis unterstützt – gerade die DEZA investiert zusammen mit Nestlé in die Privatisierung von Wasser und das finden wir gar nicht nachhaltig. Wenn Ihr also sagt, dass mindestens 50 Prozent in KMU investiert werden müsste, dann ist uns das viel zu einschränkend. Die Stadt Zürich unterstützt intelligente Projekte und gestandene Organisationen, die auch erkannt haben, dass es beispielsweise wichtig ist, in Mikrokredite zu investieren. Dieser Spielraum soll erhalten bleiben.*

Weitere Wortmeldungen:

Urs Helfenstein (SP): *Die Umsetzung dieses Postulats wäre nicht schädlich, aber unfair. Im Postulatstext kommen viele sympathische Begriffe vor, wie etwa die Förderung*

lokaler KMU, Impact Investments, Financial Inclusion, Nachhaltigkeit und Zielsetzung der UN sustainable development goals. Für mich liegt das Problem in der Verbindung dieser Begriffe. Was heisst das überhaupt? Impact Investing heisst in etwa wirkungsorientiertes Anlegen und bedeutet Investitionen in Firmen, Organisationen oder Fonds, mit denen man einen messbaren Impact erzeugen kann, etwa sozial- oder umweltbezogen. Dies inklusive eines finanziellen Ertrags, den man dann wieder investieren kann, so dass ein investierter oder gespendeter Franken mehrmals verwendet werden kann. Das ist ja eigentlich einmal gut. Unter financial inclusion versteht man das Bestreben, Firmen und Menschen den Zugang zu formellen Finanzdienstleistungen zu ermöglichen und diese sollten dann im Idealfall möglichst verantwortungsvoll und nachhaltig angeboten werden. Ich habe versucht, den Postulatstext in einfache Sprache zu übersetzen, was nicht ganz einfach war: «Die Stadt Zürich soll im Ausland Geld in Firmen investieren, um einen sozialen und finanziellen Gewinn zu machen und diesen Gewinn wieder zu investieren. Die Firmen sollen zur Kategorie kleine und mittlere Unternehmen gehören. Diesen KMU soll man gleichzeitig den Zugang zu formellen Finanzdienstleistungen ermöglichen und diese KMU müssen sich an einem oder mehreren der 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung orientieren.» Ich lese jetzt nicht alle Ziele vor, aber eines ist zum Beispiel Armut beenden, Ernährung sichern, gesundes Leben und Bildung für alle. Diese Ziele klingen sehr gut und decken fast alles Wünschenswerte ab. Aber hinter diesen Zielen vergisst man die drei kumulativen Postulatsbedingungen Impact Investing, Financial Inclusion und KMU. Wie soll man mit diesen Bedingungen etwa Kinderrechte stärken? Wieso sollten Bildungs- und Gesundheitsprojekte weniger wert sein, weil sie nicht den postulierten Bedingungen entsprechen? Wieso sollten Projekte plötzlich weniger Geld erhalten, weil es sich nicht um KMU handelt? Abgesehen davon schliesst der heutige Ansatz der Stadt Zürich gar nicht aus, dass Entwicklungshilfe via KMU geschieht. Neben quantitativen gibt es auch qualitative Wirkungsmessungen und diese sollte man nicht gegeneinander ausspielen. Die Postulanten monieren, dass viel Geld «kleben» bleibe und Entwicklungshilfe unter viel Reibungsverlust leide. Tatsache ist, dass dieser Reibungsverlust heute viel geringer ist als früher. Glauben Sie etwa, bei KMU und Impact Investing bleibe nichts hängen? Man kann einfach besser messen, wie viel hängen bleibt. Schliesslich führen die Postulanten Angus Deaton ins Feld, der ein bekannter Kritiker der traditionellen Entwicklungshilfe ist. Laut ihm wirkt einzig Wirtschaftswachstum bei der Armutsbekämpfung. Im Internet findet man Hunderte Deaton-Zitate. Ich habe folgendes gefunden: «Entwicklungsländer brauchen starke Institutionen.» oder «Entwicklungsländer werden bequem, wenn sie immer staatliche Gelder erhalten.» Und Deaton kritisiert nicht die Arbeit privater NGOs wie Swissaid und anderen. Die Postulatsbegründung ist ein gutes Beispiel, wie man bewiesene und nachweisbare Zitate zu einer Behauptung zusammenreihen kann und dann so tut, als wäre es wahr. Bei diesem Postulat geht es um Partikulärinteressen statt um Vielfalt und das ist das Paradoxe daran: Ihr wollt die Stadt steuern, statt ihr die Freiheit zu lassen. Ein solch anti-liberaler Vorstoss von liberaler Seite ist sehr überraschend.

Peter Anderegg (EVP): Die Unterstützung von KMU in Entwicklungsländern ist eine sehr einfache und effiziente Angelegenheit, die wir gerne unterstützen würden. Das Prinzip der Hilfe vor Ort ist die beste Hilfe. Ich sehe hinter den unterstützten KMU vor allem Menschen. Man sollte kleine Einmann-Betriebe unterstützen, die Arbeits- und

Ausbildungsplätze schaffen und nicht multinationale Konzerne. Es gibt den Leuten Hoffnung und hilft, einen Staat aufzubauen. Was uns weniger gefällt, ist, dass mehr als die Hälfte der Gelder, die wir in die Entwicklungshilfe stecken, dafür eingesetzt werden sollen. Denn so blieben viele andere Dinge, die vorhin erwähnt wurden, auf der Strecke. Wir beantragen eine Textänderung: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die für die Entwicklungshilfe im Ausland gesprochenen Gelder vermehrt für die Förderung von KMU eingesetzt werden können.» Das bringt zum Ausdruck, dass wir vermehrt KMU unterstützen möchten, aber nicht die Hälfte. Mit dieser Textänderung würden wir und vielleicht auch andere den Vorstoss unterstützen.

Shaibal Roy (GLP): *Ich bin über gewisse Aussagen von SP und Grünen irritiert. Man hat sich immer mehr in Dinge verstrickt. Etwa, man dürfe auf keinen Fall Multis wie Nestlé unterstützen, aber wir reden von KMU, was Nestlé meines Wissens nicht ist. Weiter werden im Postulat Dinge genannt, wie sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen, die das Ziel Nummer 16 der UN-Ziele sind, die euch offensichtlich wichtig sind und in die man investieren sollte. Aber gleichzeitig sagt ihr, es sei eine engmaschige Eingrenzung, die eigentlich nicht gemacht werden sollte. Wenn das zu engmaschig sein soll: Es sind ja bloss 50 Prozent der Gelder, die restlichen 50 Prozent können demnach immer noch anders ausgegeben werden. Würden wir die Textänderung annehmen, wären es noch viel weniger, nämlich beliebig viel weniger. Es werden Multiplikatoreffekte erreicht in diesen hilfsbedürftigen Ländern oder Institutionen. Und ja, es kann sein, dass der Investor – hier in Form der Stadt – davon auch noch profitiert und das Geld mehrfach eingesetzt werden kann. Das beste Beispiel dafür hat Katharina Prelicz-Huber (Grüne) erwähnt, nämlich Mikrokredite, die explizit davon eingeschlossen sind. Mir erschliesst sich in dieser Argumentationskette nicht, warum SP und Grüne hier dagegen sind. Dieses Postulat will Hilfe nachhaltig gestalten, ohne dass sie mit einer einmaligen Zahlung verpufft. Da gibt es keine Hintergedanken.*

Dr. Mathias Egloff (SP): *Bei der Entwicklungszusammenarbeit geht es um das Finden guter Projekte, was richtig schwierig ist. Es braucht viel Erfahrung und eine gute Theorie dahinter und eine Zusammenarbeit aller Beteiligten. In diesem Zusammenhang verstehe ich nicht, wie es etwas bringen soll, wenn man sich einschränkt. Was genau ist der Nutzen, sich von Möglichkeiten abzuschneiden? Und wenn man etwas gefunden hat, das funktioniert, aber dem Kriterium der KMU nicht genügt: Was bringt es, dieses dann auszuschliessen? Alle anderen Methoden, die Lösungen finden, sind wesentlich effizienter als Verbote. Das Ganze klingt auch nach donor driven aid – ein Schimpfwort, dass in diesem Zusammenhang passt – wer das Geld gibt, befiehlt. Das führt nachgewiesenermassen zu schlechten Resultaten und sollte um jeden Preis vermieden werden. Es gibt natürlich immer den Streit, ob man die Kleinen oder die Grossen fördern sollte. Wahrscheinlich ist hier genau wieder die Antwort: Man sollte beides probieren und am Schluss das machen, was funktioniert. Der Ansatz, bei dem zwei Amateur-Entwicklungshelfer einfach sagen, das sei jetzt der Stein der Weisen – da fehlt mir das Vertrauen.*

Alexander Brunner (FDP): *Die Textänderung führt nicht zum Ziel. Ich möchte noch gerne auf Urs Helfenstein (SP) antworten: Sie sind Mittelschullehrer und arbeiten bei*

5 / 5

einer grossen Bank, die bekannt ist für Impact Investing. Sie war die erste Bank in der Schweiz, die das aufgebaut hat und es seit vielen Jahren erfolgreich betreibt. Was Sie jetzt sagen, ist, dass die UN, der WWF und Greenpeace falsch liegen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Einige Aussagen weisen auf mangelndes Wissen darüber, was die Stadt Zürich bis jetzt bei der Entwicklungszusammenarbeit macht. Wir sind bereits sehr lokal – unsere Mittel gehen nicht irgendwo international hin. Bereits jetzt gilt das Ziel, dass eine erfolgreiche Teilnahme am wirtschaftlichen Leben ermöglicht wird. Bereits jetzt können wir mit KMU zusammenarbeiten und die Leute in diesem Sinne stärken. Ich gehe davon aus, dass die Zielsetzungen in unseren Richtlinien weitestgehend abgedeckt werden, auch wenn wir das intern nicht einzeln abgehakt haben. Die Kommission macht im Hinblick auf die Vergabe noch ihre Vorschläge. Wir haben das Postulat im Hinblick auf die 1-Prozent-Initiative zur Prüfung entgegengenommen, falls da noch mehr Mittel kämen, um das zu stärken. Aber wir haben nicht die Absicht, die Hälfte so einzusetzen. Wir haben die Absicht diesen Teil zu verstärken, aber nicht exklusiv, weshalb die Textänderung willkommen gewesen wäre.*

Das Postulat wird mit 29 gegen 78 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat